



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 94

Wilhelmshaven

Juli 1990

AUSVERKAUF BEI KSW

NACH LANGEM HIN UND HER: DIE SCHLIESSUNG DER KSW IST BESCHLOSSENE SACHE

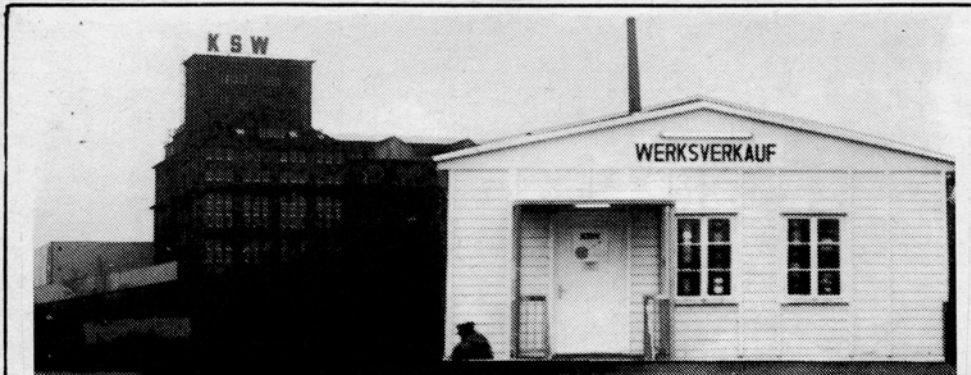
(noa) Etwa zwei Jahre lang gab es um die Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven (KSW) ein stetiges Hin und Her. Drohende Pleite, Umstrukturierung, neue Aufträge aus der DDR, Jubelmeldungen in der "WZ" - jetzt steht das Aus fest.

Am 31. Mai wurde der Konkurs eröffnet, und 306 Mitarbeiter wurden freigestellt. Die "Wilhelmshavener Zeitung" berichtete darüber und ließ einige der betroffenen Kollegen zu Wort kommen: Da wurden Familienväter nach Hause geschickt und ihre Ehefrauen, die im selben Betrieb arbeiteten, gleich mit; türkische Kollegen, die vor 20 oder mehr Jahren direkt aus ihrer Heimat heraus angeworben worden waren, mußten nach Hause gehen, während Mitarbeiter, die weniger lang bei der KSW waren, weiterarbeiten durften.

Eine knappe Woche später fand im Gemeindehaus der Banter Kirche auf Initiative des Ausländerbeirates eine Veranstaltung statt. Der KSW-Betriebsratsvorsitzende Reinhard Engel war trotz Einladung nicht gekommen.

Wer stattdessen anwesend war, das waren einige Rechtsanwälte, die sich im Zusammenhang mit der Frage, ob man gegen die Freistellungen gerichtlich vorgehen sollte oder nicht, zu Wort meldeten und sich vorstellten: "Mein Name ist Rechtsanwalt XYZ, ..." und damit nach Klienten angetan. Tatsächlich haben mehrere Freigestellte Klagen angestrengt - mit wenig Aussicht auf Erfolg, aber mit guten Verdienstmöglichkeiten für die Anwälte (siehe dazu S. 4: "Freistellung")

Die Versammelten beschlossen, am 8. Juni zum Rathaus zu ziehen, um mit dem Oberbürgermeister über ihre Lage zu sprechen. Eine KSW-Beschäftigteninitiative entstand, die seither regelmäßig donnerstags vormittags im Gewerkschaftshaus tagt.



Als wir vor einem halben Jahr im GEGENWIND 90 dieses Foto veröffentlichten, fanden wir noch, daß es ganz witzig sei. Mittlerweile ist die Pleite, die damals drohte, Tatsache geworden. Zur aktuellen Situation paßt das Bild weit besser als damals.

INHALT

Fremdenlegion	3
KSW	4
Aus für Pyromanen	7
Berater Ehrenberg	9
Gespräch mit Monika Schwarz	10
Gegenwind vs. Kontakte	14
Mobil Oil	15

Am 15. Juni fand eine Podiumsdiskussion in der Stadthalle statt, zu der wiederum der Ausländerbeirat eingeladen hatte. Hier gingen die Wellen hoch, als der Konkursverwalter Dieter Trautmann erklärte, bei der Auswahl der Freigestellten habe er sich daran orientiert, wer am leistungsstärksten sei.

Die Zeitung "Dostluk" meldet in ihrer Juli-Ausgabe, daß ca. 30 Freigestellte mittlerweile wieder eingestellt worden seien. Offensichtlich haben einige derer, die Trautmann im Betrieb behalten wollte, sich inzwischen anderweitig umgesehen, als ihnen klar wurde, was auch die "WZ" vom 16.6.90 (zum erstenmal, nachdem vorher in Sachen KSW immer verbissen Optimismus verbreitet worden war) deutlich machte, nämlich daß die Zukunft "derzeit indes wenig Gutes verheißt".

Die übrigen Freigestellten bekamen Ende Juni ihre Kündigungen. Der Betriebsrat hat mit Hinweis auf die fehlende Sozialauswahl allen Kündigungen widersprochen.

Am Freitag, 13. Juli, meldete die "WZ", daß die KSW nun spätestens zum Jahresende endgültig stillgelegt wird.

NACHRICHTEN

FREUNDSCHAFT

- Dostluk - heißt die Zeitung, die der Verein der Türken Wilhelmshaven nach fast vier Jahren Pause wieder herausgibt. In der neuen Ausgabe 1 heißt es: "Wir behandeln in unserer Zeitung alles, was die ausländischen Mitbürger in der BRD betrifft, u.a. das neue Ausländergesetz und die Ausländerfeindlichkeit. Außerdem wollen wir die Vereinsaktivitäten bekanntmachen. Um bei diesen Zielen erfolgreich zu sein, wird "Freundschaft" uns dabei eine Hilfe sein. In diesem Sinne wünschen wir unseren Lesern und uns viel Erfolg..." Diesem Wunsch schließt sich der GEGENWIND an.

ERSTAUNT

waren die Mitglieder(Innen?) des Personalausschusses der Stadt bei der Durchsicht der Bewerbungen auf die Stelle einer Frauenbeauftragten: Neben ca. 80 Frauen hatte sich doch auch ein Mann beworben! Den haben sie aber nicht genommen.

SKANDALÖS

ist, wie die Gewerkschaft Textil und Bekleidung sich um ihre Mitglieder kümmert: Die erste GTB-Sprechstunde fand erst zwei Wochen nach den Freistellungen statt!

VERMISST

wird seit einigen Wochen Theda. Bitte melden!

MÜLLTOURISMUS

Einige Male beobachten konnte ein Mitarbeiter des Gegenwinds große mit Autowracks beladene LKWs (mit ebenso großen Anhängern), die aus Richtung Autobahn kommend zur Shredder-Anlage der Firma Jade-Stahl fuhren. Anhand des Autokennzeichens war zu erkennen, daß die LKWs im Landkreis Wesermarsch beheimatet wa-

UMWELTORIENTIERUNG?

Nach 1988 wurde der Südstrand auch in diesem Jahr zum zweiten Male mit der Blauen Europa-Flagge für "umweltorientierte Urlaubsorte" ausgezeichnet. Die Freude über die Verleihung der Fahne wird allerdings durch zwei Punkte etwas getrübt.

1.) Untersucht wurde die Badewasserqualität; und das bedeutet, daß zwar auf Koli-Bakterien u.ä. untersucht wurde, nicht jedoch auf das mögliche Vorhandensein der breiten Palette chemischer Umweltgifte, die u.a. zu allergischen Reaktionen führen können. Von daher stellt die Blaue Europa-Flagge leider nur bedingt ein "Gütesiegel, das als Orientierung für Freizeit und Urlaub dient" dar, wie es die Hamburger Staatsrätin Bludau-Krebs anlässlich der Verleihung benannte.

2.) Um diese Umweltauszeichnung zu erhalten, müssen verschiedene Kriterien erfüllt sein. Eines dieser Kriterien lautet: "Keine direkt Einleitung von industriellen und kommunalen Abwässern im Strandbereich". Auch dieses Kriterium gilt nur bedingt für den Südstrand. In einem Bereich, der von den Badegästen noch als Strand



Die Blaue Europa-Flagge 1990.

genutzt wird, mündet Wilhelmshavens Kanalisation in den Jadebusen - das Banter Siel. Bei einer Überlastung der Zentralen Kläranlage (z.B. bei starken Regenfällen) werden hier die Abwässer der Stadt direkt und ungeklärt in die Jade gepumpt. Das geschieht zwar nicht sehr häufig - aber allein das Vorhandensein dieses Sieles läßt den Stellenwert der Blauen Europa-Flagge um einiges sinken.

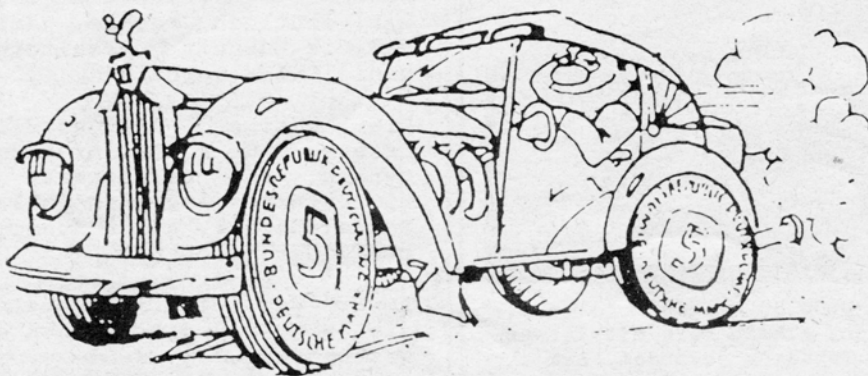
UNVERFROREN

- und leider meist mit Erfolg - versucht das Autohaus Filmer in Varel immer wieder, seine Auszubildenden um einen Teil ihrer Ausbildungsvergütung zu betrügen.

In den Ausbildungsvertrag wird ein "Lehrlingslohn" eingetragen, der unter dem Tarif liegt. Die Industrie- und Handelskammer, der die Verträge vorzulegen sind, streicht regelmäßig die zu niedrige Summe aus und trägt stattdessen die tarifliche Vergütung ein.

Sobald die Verträge wieder bei der Firma Filmer eingetroffen sind, werden dort die von der IHK eingetragenen Summen mit Tippex flüssig überschmiert und die niedrigeren Vergütungen wieder eingetragen.

ren. In der Shredder-Anlage des Herrn Schottler wird bekanntlich der brauchbare Autoschrott von den unbrauchbaren Kunststoff- und anderen Teilen getrennt. Der "gute Schrott" wird zur Wiederverwertung gewinnbringend verkauft - der Abfall landet (zu Sonderpreisen) auf der Wilhelmshavener Mülldeponie. Zu fragen ist, ob die Wilhelmshavener jetzt den Müll des Landkreises Wesermarsch mit entsorgen!? (hk)



Unterstützt den GEGENWIND durch ein Förderabo!

Abonniert!

Ich möchte den GEGENWIND durch ein Förderabo unterstützen!
Ich abonniere zehn Nummern des GEGENWIND zum Förderpreis von

35,00 DM

Name:
Vorname:
Straße:
Wohnort:
Telefon:

Ich lege den Betrag als Scheck/ in bar/ in Briefmarken bei.

Wilhelmshaven, den.....

Unterschrift

Einsenden an: GEGENWIND, Weserstraße 33, 2940 Wilhelmshaven



IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
2940 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hilde Haake, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Sigrid Opitz-Leimbrinck;

Druck: Wiechmann-Druck, Ebertstr. 216
Erscheinungsweise: min. 8mal/Jahr

Anzeigen: R. Weber, Störtebekerstr. 2
2940 W'haven; Tel.: 38659;

Auflage: 4.500 Ex.

Bankverbindung: BfG Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 126 2874 100; BLZ 282 101 11

Red.-Schluß dieser Ausgabe: 9.7.1990

Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 14.8.1990

Wir bedanken uns bei den vielen Unge-
nannten, die durch ihre Mitarbeit, durch
Informationen oder durch ihre Politik
zum Erscheinen dieser Ausgabe beige-
tragen haben.

DOPPELTES TRAUERSPIEL

BEFÜRWORDER UND GEGNER DER FREMDENLEGION STECKTEN NIEDERLAGEN EIN

(hk) Sowohl unser Oberbürgermeister, der mit markigen Worten den Auftritt der Fremdenlegionäre am "Wochenende an der Jade" verteidigte, als auch die Organisatoren der Gegenkampagne können mit dem Ablauf aus ihrer jeweiligen Sicht nicht zufrieden sein.

Konnte die Demonstration gegen den Auftritt der Fremdenlegionäre am 16. Juni, zu der nur 100 Leute zu erscheinen sich bequemen, noch als "typisch wilhelmshavenerisch" bezeichnet werden, muß die Aktion am Abend des Auftritts in der Nordsee-Sporthalle, zumindest was die Anzahl der Gegendemonstranten betrifft, unter der Rubrik "Schlag ins Wasser" eingeordnet werden. So ist es nicht verwunderlich, daß man seitens der Organisatoren "enttäuscht darüber ist, daß die Aktivitäten gegen die Killersoldaten von so wenig Leuten, die sich für Frieden, Völkerverständigung und Antimilitarismus in der Vergangenheit engagiert hatten, unterstützt wurden" (Erklärung der "Radikalen Linken"). Bei den anderen Mitorganisatoren wird die Enttäuschung nicht minder groß gewesen sein.

Es ist nicht unsere Aufgabe, hier Ursachenforschung zu betreiben – das überlassen wir den Organisatoren der Aktionen. Anzumerken bleiben aber zwei Dinge:

1. Die trügerische Hoffnung, mittels einer Telefonkette etwas Anständiges auf die Beine zu stellen, – dazu gehört eine gehörige Portion persönlicher Betroffenheit seitens der Angerufenen. Und die ist nun mal bei einem solchen Anlaß nicht unbedingt gegeben. 2. Autonomer Verbalradikalismus, wie er sich auf der Demo am 16.6. unter anderem durch Äußerungen des Kundgebungsredners ("Es gibt kein ruhiges Hinterland!" "Wir machen ein unruhiges Hinterland!" usw.) darstellte, ist mit Sicherheit eher dazu geeignet, die Zahl der Aktivisten, die ja bei einer solchen Aktion in erster Linie aus dem Mitte-links Spektrum kommen, auf ein Minimum zu reduzieren.

Das kleine Häuflein der wackeren DemonstrantInnen, die mit mehr oder minder großem Erfolg die Auftritte der Fremdenlegionärskapelle begleiteten und störten, mußte sich damit zufrieden geben, daß ein Großteil der Besucher zumindest mit einem schlechten Gewissen das militaristische Spektakel erlebten und eine Hand-



Unfreiwilliger Zuhörer: OB Menzel ließ sich sein Eis trotzdem schmecken.

voll potentieller Besucher auf eine Teilnahme an den Veranstaltungen verzichteten.

Solche Erfolge konnte der Gegenspieler, unser OB Eberhard Menzel, nicht verbuchen. Obwohl ihm bekannt war, daß der DGB und die im Rat der Stadt vertretenen Parteien "Grüne" und "Frauenliste" die Aktionen gegen die Fremdenlegionäre unterstützten, ließ er in einer Presseerklärung verbreiten, daß die Auseinandersetzung über den Auftritt der für Geld tödenden Truppe nur von wenigen kleinen linken Gruppen angezettelt sei.



Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des gemeinnützigen GEGENWIND-Ver eins und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Umso schlimmer mag die Ohrfeige gewirkt haben, die ihm auf dem Unterbezirksparteitag seiner Partei verpaßt wurde. War es da doch eine Minderheit, die seine Politik des gesichtslosen "Zeichensetzens" unterstützte. Von den abstimmenden 92 Delegierten konnte er nur 44 auf seine Linie einschwören. Wenige Tage zuvor hatte der Jugendwohlfahrtsausschuß sich gegen den Auftritt der Werbetruppe für die käuflichen Killer der Fremdenlegion ausgesprochen. Menzel reagierte darauf sauer: Er kann nicht verstehen, daß ein "städtischer Ausschuß sich für derartige Zwecke einspannen lasse".

Abschließend erwähnenswert bleibt nur noch die geschickte Führung der stadt-eigenen "Freizeit" durch Herrn Kramp: Hatte er doch vor noch gar nicht so langer Zeit mit seinem "Sonderzug voll Altnazis" der Stadt einen Bären dienst erwiesen, sorgte er mit dem Auftritt der Fremdenlegionäre erneut dafür, daß der Ruf der Stadt weit über die regionalen Grenzen hinaus geschädigt wurde.



b i s t r o

Tarish

FrühstücksCafé · Bistro mit vegetarischer Küche
 Börsenstr. 25 · Mo.-Fr. ab 18 Uhr, Sa + So ab 10 Uhr · ☎ 41616

Ein Engel für Trautmann

KSW-BETRIEBSRATSVORSITZENDER ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN

(noa) Der wohl am heftigsten attackierte und am wenigsten geliebte Mann in Wilhelmshaven ist zur Zeit schätzungsweise der Betriebsratsvorsitzende der KSW, Reinhard Engel.

Am Tag, an dem 306 Mitarbeiter der KSW ihre Freistellung mitgeteilt bekamen, suchten sie vergeblich Rat und Hilfe bei ihrem Betriebsratsvorsitzenden: Herr Engel hatte Urlaub genommen. Verständlich, denn er konnte in dieser Situation nicht mit allzu viel Sympathie seitens seiner Kollegen rechnen, warfen sie ihm doch vor, daß er nichts unternommen hatte, um die Auswahl der Freizustellenden gerechter zu gestalten.

Nun, daran hätte Herr Engel nichts drehen können. Eine Sozialauswahl ist erst bei einer Entlassung vorgeschrieben (siehe Kasten "Freistellung").

Zu der Veranstaltung des Ausländerbeirates im Banter Gemeindehaus in der auf die Konkursöffnung folgenden Woche war auch Reinhard Engel eingeladen. Er zog es vor, fernzubleiben, da er sich "nicht totschlagen lassen" wollte.

Es war auch wirklich eine Zwickmühle, in der er sich befand. Mit großer Mehrheit in den Betriebsrat gewählt, ist er allen seinen Kollegen verpflichtet. Doch als es um die Freistellungen ging, glaubte er, nur der einen oder der anderen Hälfte der Belegschaft dienen zu können.

Er unterschrieb einen Interessenausgleich, der dem Vernehmen nach weiter nichts enthält als die Festlegung, daß ein Sozialplan für die zu Entlassenen aufgestellt wird. Im Sinne eben dieses Teils der Belegschaft wäre es jedoch gewesen, den Interessenausgleich nicht zu unterschreiben.

Das Gesetz sieht vor, daß bei einer Betriebsänderung ein Interessenausgleich ausgehandelt wird zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat für die von der Änderung betroffenen Mitarbeiter. Kommt dieser Ausgleich nicht zustande, läßt sich daraus ein Anspruch auf eine Abfindung für die entlassenen Arbeitnehmer herleiten. Ein solcher Abfindungsanspruch ist eine Masseschuld und wird bevorzugt befriedigt.

Zahlungen aus einem Sozialplan hingegen, von vorneherein schon geringer im Umfang, sind keine Masseschulden, sondern Konkursforderungen. Sie werden befriedigt, wenn alle anderen Gläubiger ihren Anteil erhalten haben, denn sie stehen in der Rangfolge ganz weit unten. Wenn dann überhaupt noch Geld da ist, dann nur ganz geringfügige Summen.

Engel unterschrieb den Interessenausgleich, damit die Freigestellten keine Abfindung beanspruchen können und das Geld in der Firma bleibt. Böse Zungen behaupten, er habe dabei in erster Linie seinen eigenen Arbeitsplatz im Sinn gehabt.

FREISTELLUNG

Eine Freistellung ist (noch) keine Entlassung. Der Vorgang zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei einer Freistellung ist der: Der Arbeitgeber verzichtet auf die Arbeitskraft des Arbeitnehmers, das Vertragsverhältnis zwischen beiden besteht aber weiter, so daß die Freistellung den Arbeitgeber nicht von der Zahlungspflicht entbindet.

Von seiten des Arbeitnehmers sieht es so aus, daß er beschäftigungslos ist, also dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Daraus ergibt sich sein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Lohn hat der Arbeitgeber zu zahlen, im Falle eines Konkurses der Konkursverwalter. Der Arbeitnehmer bekommt das Geld in diesem Fall aber nicht ausgezahlt, sondern sein Anspruch wird erst berücksichtigt, wenn es um die Verteilung der Konkursmasse geht - wenn dann noch etwas für diese Zahlungen übrig ist.

Im Falle eines Konkurses, wo es klar ist, daß der Betrieb nur saniert werden kann, wenn Arbeitskräfte entlassen werden, ist absehbar, daß die freigesetzten Mitarbeiter auch entlassen werden. Über 300 Entlassungen bei insgesamt



Forts. nächste Seite

600 Beschäftigten (wie im Falle der KSW) erfüllen jedoch den Sachverhalt der Massenentlassung, und die ist bekanntlich genehmigungspflichtig. Der Konkursverwalter der KSW, Herr Trautmann, hat mit Sicherheit gleich am 1.6. beim Landesarbeitsamt die Genehmigung zur Massenentlassung beantragt.

Bei einer Entlassung muß eine "Sozialauswahl" stattfinden. Ein Kinderloser muß vor einem Familienvater, ein Doppelverdiener vor einem Alleinverdiener, ein Dienstjüngere vor einem Dienstälteren entlassen werden. Diese Sozialauswahl ist bei einer Freistellung bedeutungslos. Deshalb war es möglich, daß bei KSW Leute freigestellt wurden, die seit 38 Jahren da gearbeitet haben, ja sogar beide Verdienere von großen Familien.

Gegen eine Freistellung zu klagen, hat wenig Sinn. Zum einen ist die Gefahr groß, daß man vor Gericht unterliegt, denn man kann ja nicht einmal wegen der nicht durchgeführten Sozialauswahl klagen. Selbst wenn man gewinnt, ist der Titel nicht vollstreckbar. Der Prozeß kostet nur Geld, das dann hinterher der Konkursmasse fehlt, aus der u.a. Abfindungen zu zahlen wären. So bekommen die Rechtsanwälte das Geld, das besser in Form von Abfindungen an die Mitarbeiter gehen würde.

Das würde jedoch voraussetzen, daß Reinhard Engel ernsthaft an ein Weiterbestehen der KSW geglaubt hat. Und das war wohl nicht der Fall. Die GTB, mit der er sich beraten hat, ging davon aus, daß nach dem Auftrag, an dem die verbliebenen Mitarbeiter gegenwärtig arbeiten, Schluß sein wird. Hätten bis zu diesem Zeitpunkt einige der Ende Mai Freigestellten Abfindungen erstritten, dann wären sie besser weggekommen als die, die noch zwei Monate länger arbeiten durften, falls sie den Anspruch auf Abfindung denn überhaupt hätten durchsetzen können.

zunächst dafür dankbar, denn so sahen sie noch die Hoffnung, daß nach dem Konkurs der Laden weiterlaufen würde.

Das würde ein Wunder erfordern, und selbst Engel können keine Wunder bewirken. Es bestand noch ein paar Tage lang die vage Hoffnung, daß doch noch irgendwoher Aufträge kommen würden. Und da vertrat Reinhard Engel, was er schon immer vertreten hat: Ruhe halten, um eventuelle Auftraggeber nicht zu verschrecken.

Ruhe halten, das war bei KSW schon immer angesagt. Und das



So sieht es nicht aus. "Hier wird um null Mark gestritten", so der DGB-Kreisvorsitzende Manfred Klöpfer am Tag nach der Gläubigerversammlung.

Sei dem, wie es wolle - ob Engel nun einfach "gerecht" sein wollte, ob er die Sinnlosigkeit von Aufhebungsverträgen mit hohen Abfindungssummen sah, oder ob er seine eigene Haut retten wollte - die noch verbliebenen Mitarbeiter waren ihm

ist der Vorwurf, den Engel sich nun wird anhören müssen: Eine Rettung des Produktionsstandortes KSW, das zeichnete sich schon seit einigen Jahren ab, wäre angesichts des drastischen Rückganges im Verbrauch von Strickgarnen (von 1986 auf 1987 um ein Drittel) und gegen zwei potente Konkurrenten nur mittels Hilfe vom Staat möglich gewesen. Und wenn man in Bonn und Hannover gehört werden will, muß man recht laut rufen.

AUS EINS MACH DREI - DU SPARST DABEI

Stellen Sie sich vor, Sie besitzen ein Unternehmen, das in letzter Zeit nicht mehr so viel Gewinn abwirft. Es sieht sogar so aus, als müßten Sie in Konkurs gehen. Sie wollen aber Ihr Vermögen nicht verlieren. Halb so schlimm...

...da gibt es einen ganz legalen Trick: Zunächst einmal sezieren Sie Ihr Unternehmen und machen z.B. drei aus einem. Gesellschaft Nr. 1 wird Eigentümer des immobilien und mobilen Kapitals, sprich der Produktions- und Verwaltungsgebäude sowie der Maschinerie. Gesellschaft Nr. 2 bekommt einen noch rentablen Produktionszweig überschrieben und wird formal ein eigenständiger Betrieb. Für Gesellschaft Nr. 3 bleibt der Produktionsbereich, der Ihnen Kopfschmerzen bereitet, weil er nicht mehr profitabel ist. Er darf die Produktion noch ein Weilchen weiterführen, nun allerdings nicht mehr in den eigenen Räumlichkeiten und mit den eigenen Maschinen, sondern in den von Gesellschaft Nr. 1 gemieteten Hallen - was Ihnen ermöglicht, das bißchen Geld, das die Produktionsgesellschaft erwirtschaftet, der späteren Konkursmasse zu entziehen und für sich zu behalten. Kapiert?

Und nun gehen Sie in Konkurs. Sie müssen nur nach der Sektion Ihres Unternehmens eine Schamfrist von einem Jahr einhalten, sonst fließt das Kapital der Gesellschaften Nr. 1 und Nr. 2 doch in die Konkursmasse ein, und das zu verhindern, war ja genau der Zweck der Übung. Der Konkurs der Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven (KSW) ließ nach der Sektion sogar länger als ein Jahr auf sich warten, aber am 1. Juni war es soweit.



TRINKFACH -
SEIT 1986

RITZ CAFE
BIER 10-15 h
ab 20 h

GESCHÄFT

SIEBETHSBURGERSTR. 21
WILHELMSHAVEN



Auch wenn das Wetter verhext ist: Wir wünschen schöne Ferien!

Endlich!

Wir haben es geschafft: Wilhelmshaven hat eine Frauenbeauftragte! Wir wünschen Frau Dr. Jutta Niedersen-Marchal viel Glück, Standhaftigkeit und Ausdauer für die schwierige Aufgabe, Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Auf unsere Unterstützung kann sie zählen!



Synagogenplatz

Gegen die teilweise Über- und Unterbauung des Synagogenplatzes im Rahmen eines geplanten großen Bauvorhabens mit Wohnungen, Büros und Geschäften hat sich die FRAUENLISTE ausgesprochen. Lange Zeit wurde der heute als Gedenkstätte gestaltete Platz, auf dem die in der Reichspogromnacht 1938 niedergebrannte Synagoge der jüdischen Gemeinde in Wilhelmshaven gestanden hat, nach dem Krieg als Parkplatz genutzt. Dem Einsatz engagierter Bürgerinnen und Bürger ist es zu verdanken, daß er zu dem gestaltet wurde, was er heute ist: ein Ort des Erinnerns und Gedenkens für alle, vor allem aber für uns Deutsche, die wir diesen Teil

der Geschichte nur zu gern verdrängen. Für uns ist es mit diesem Charakter des Platzes nicht vereinbar, daß unter ihm eine Tiefgarage gebaut und auch der Platz an sich teilweise überbaut werden soll. Wir sehen die Gefahr, daß nach der Fertigstellung des Gebäudekomplexes der Synagogenplatz lediglich noch die Funktion eines Eingangsbereiches zu den Geschäften haben wird. Wir bedauern die Entscheidung des Rates. Nach unserer Meinung hätte eine Lösung gefunden werden können, die sowohl die Gedenkstätte unangetastet gelassen hätte als auch den Interessen der Investoren gerecht geworden wäre.

Meike Sudholz

"Freigestellt"...

... sind etwa 300 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der in Konkurs gegangenen KSW. Die meisten von ihnen ohne qualifizierte Berufsausbildung, darunter viele türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie alle wurden ohne Rücksicht auf den Einzelfall "ausgesucht", weil, so der Konkursverwalter auf einer Veranstaltung in der Stadthalle, lediglich "Leistungsträger" in der jetzigen Situation in der Lage wären, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Also alle Freigestellten Drückeberger und Simulanten? Für uns ist es einfach empörend, wie der Konkursverwalter versucht hat, die freigestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu diffamieren und sie gegen die noch bei der KSW Beschäftigten auszuspielen! Die Sorgen der freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind groß. Die Aus-

sichten, auf dem regionalen Arbeitsmarkt wieder eine Anstellung zu finden, sind sehr schlecht. Bei den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern kommt die Sorge hinzu, daß ja für sie mit der Arbeit und dem gesicherten Einkommen unter Umständen auch das Aufenthaltsrecht zusammenhängt. Mit diesem Thema hat sich bereits auf der letzten Sitzung der Sozialausschuß des Rates beschäftigt. Einstimmige Empfehlung an die Verwaltung: niemand soll wegen der etwa notwendig werden Inanspruchnahme von Sozialhilfe Angst um seine Aufenthaltsgenehmigung haben müssen!

Monika Schwarz

Dankeschön

Wir bedanken uns herzlich für die Glückwünsche und Geschenke anlässlich der Einweihung unserer Büroräume.

RHEINSTRASSE 168

Besetzt ist das Büro ab sofort **dienstags** von 10⁰⁰-12⁰⁰ Uhr und **mittwochs** von 16⁰⁰-18⁰⁰ Uhr. Eine Sprechstunde mit der Ratsfrau findet am **2. Dienstag** im Monat von 16⁰⁰-18⁰⁰ Uhr statt.

An jedem **1. Mittwoch** laden wir um 20⁰⁰ Uhr zum Klönen in gemütlicher Atmosphäre ein. Eine gute Möglichkeit, Frauen der FRAUENLISTE kennenzulernen.

Am **4. Mittwoch** im Monat findet unsere Plenumsveranstaltung statt: entweder als Mitgliederversammlung im FL-Büro oder zu einem Thema in dem Theatercafé Kulisse.

V.i.S.d.P.: Monika Schwarz
Inostrasse 72 in 2940 WHV 31
Tel.: 04423/1313

KULTUR · KOMMUNIKATION



MUSIK FÜR DICH

SOMMERPROGRAMM

Fr. 27.7.:

THE COLOUR RED
"remember 6.3.90"

Mi. 1.8.:

PUNK-Festival mit
RUBBERMAIDS
DEAF KENNEDEYS
BROKEN CONFIDENCE

Fr. 24.8.:

TOY FACTORY
Jazz-Core/ Freak-Noise
aus Holland
PARTY DIKTATOR

Vorankündigung:

Mi. 5.9.:

DAS DAMEN (USA)

KULTUR · KOMMUNIKATION



MUSIK FÜR DICH

Täglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)
FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:
Tasse 1,— DM

Pyromanen gestoppt

DIE MÜLLVERBRENNUNG IST ERST MAL VOM TISCH - FREIE BAHN FÜR EINE ROHSTOFFSCHONENDE ABFALLWIRTSCHAFT!

(AGM/jm) Die Öffentlichkeitsarbeit von Umweltverbänden und Vor-Ort-Aktionen von Bürgerinitiativen im Vorfeld der Landtagswahlen haben für den erforderlichen Schub gesorgt, um ein 'Stop für Müllverbrennungsanlagen (MVA)' in die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Grünen zu hieven.

Da fiel es auch der SPD vor Ort nicht mehr schwer, dem Bürgerantrag gegen Bau und Betrieb einer MVA in Wilhelmshaven zu entsprechen und sich damit bei der Ratsentscheidung auf die Seite Grüne/Frauenliste und Bürgerschaft zu schlagen.

Die Stimmgemeinschaft CDU/FDP meint dagegen nicht ohne Müllverbrennung auskommen zu können. Immerhin hat diese wiederholt beteuert, daß es auch ihr Ernst ist mit den 'drei V's' (vermeiden, vermindern, verwerten) und daß sie überhaupt nichts dafür könnten, daß in dieser Stadt bisher so wenig in dieser Hinsicht geschehen sei. Sie wollten doch lediglich, daß der "Restmüll" verbrannt werde.

Auch diese Stimmgemeinschaft hat jetzt die Gelegenheit zu beweisen, wie ernst es ihr mit dem Aufbau einer rohstoffschonenden Abfallwirtschaft ist. Die "Aktionsgemeinschaft gegen Müllverbrennung" (AGM) hat dem Rat der Stadt im Rahmen der dem Ratsbeschuß gegen die MVA vorangegangenen Bürgeranhörung eine Denkschrift vorgelegt, in die die wichtigsten Elemente einer zukunftsweisenden Abfallbewirtschaftung

aufgezeigt sind. Nach diesem Vorschlag ließe sich der jährliche Wilhelmshavener Abfallberg von 132.700 to (i.J. 1989) auf 21.100 to abtragen und zudem weitgehend entgiften (zum Vergleich: Der Wilhelmshavener Anteil an den zum Teil hochgiftigen Aschen und Filterstäuben aus einer MVA beläuft sich auf 18.800 to). Der übrigbleibende Mischmüll hat dann aber durch weitgehende Aussonderung von Holz, Papier und Kunststoffen einen sehr geringen Energiegehalt und wäre für die Verbrennung denkbar ungeeignet.

Wenn es uns gelungen ist, diese Werte zu erreichen, dann haben wir einen Eckstein für ökologisch verträgliches Wirtschaften in Produktion und Konsumtion gesetzt und können die Müllverbrennung als Anachronismus abhaken.

Aber auch nur dann!

Schon die nächsten Monate werden darüber Aufschluß geben, ob die Ratsfraktionen von CDU/FDP bis SPD ihren vollmundigen Erklärungen auch Taten folgen lassen, wenn von ihnen die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden müssen.

BETRUGSVERSUCH

ARBEITGEBER VERSUCHT ARBEITSGERICHTSURTEIL DURCH TRICKS ZU UNTERLAUFEN

(noa) Mitte Februar hat die Firma FMW erneut Entlassungen vorgenommen. Die Kündigungen - etwa 20 an der Zahl - waren auf unterschiedliche Termine ausgesprochen, teils zu Anfang März, teils zu Mitte April, einige zu Ende Juni.

Ein Sozialplan war aufgestellt worden, aus dem einige der betroffenen Kollegen abgefunden wurden.

Ein Kollege wollte jedoch keine Abfindung, sondern seinen Arbeitsplatz. Er strengte eine Kündigungsschutzklage an, mit der er auch Erfolg hatte. Alles in Ordnung? - Weit gefehlt!

Die Firma versuchte, sich um die Verpflichtung zur lückenlosen Bezahlung seines Lohnes zu drücken. Nach einer erfolgreichen Kündigungsschutzklage ist es bekanntlich so, als ob der Arbeitnehmer ununterbrochen im Betrieb beschäftigt gewesen wäre, denn das entsprechende Arbeitsgerichtsurteil geht ja davon aus, daß die Kündigung unwirksam war.

Der betreffende FMW-Mitarbeiter bekam nun zu seinem größten Erstaunen kurz nach Wiederantritt seiner Arbeit einen Brief, in dem ihm seine Neueinstellung bestätigt wurde. Im selben Schreiben teilte die Firma ihm mit, daß er sein Arbeitslosengeld für die Zeit seiner Nichtbeschäftigung nicht ans Arbeitsamt zurückerzahlen müsse, da er ja vom Arbeitgeber in der fraglichen Zeit keine Leistungen empfangen habe!

Der Kollege wandte sich auch in dieser Sache ans Arbeitsgericht und hatte Erfolg. Genützt hat es FMW nichts, ihn übers Ohr hauen zu wollen. Aber in diesen harten Zeiten kann man so etwas ja mal versuchen; vielleicht kann man ja ein paar Mark fünfzig sparen!



Da in Wilhelmshaven momentan nicht viel los ist (Pumpwerk - du fehlst uns), veröffentlichen wir einige Termine des Schortenser Kultursommers:

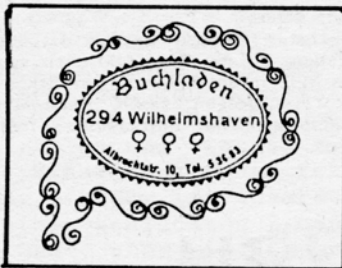
Fr. 20.7.:
SKIFFLE ATTACK (Hannover)

So. 22.7.:
HANS-PETER RITZ, Kabarettist aus Karlsruhe "Freizeit-Service Guten Tag"

Fr. 27.7.:
LE CLOU - Musique Cajun

So. 29.7.:
WINTERSCHLADEN-MENDEL-DUO (Jazz & Soul)

Alle Veranstaltungen beginnen um 19.30 Uhr und sollen auf dem Bürgerplatz stattfinden. Nur bei sehr schlechtem Wetter im Bürgerhaus.



Galerie »M«

940 Wilhelmshaven, Ulmenstraße 1c



29.7. - 7.9.90:

INTERNATIONALE PLAKATE

von Dali, Horst Janssen, Chagall, BRUS, Rainer Fetting u.a.

#####

Ständige Termine

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-VERBRENNUNG: Forum: jd. 2. Do. im Monat um 20.00 Uhr/ Kulissee, Kontakt: Tel.: 44000 und 34734

AMNESTY INTERNATIONAL: jd. 2. Di. um 20.30 Uhr; Kontakt: 64473 (Sommer)

ANTIFA CAFE: Jd. 1. u. 3. Mo. im Monat um 18.00 Uhr "Kling Klang"

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WHV: Jd. 2. und 4. Mo. im Monat; Verein d. Türken; Rheinstr. 123; 19.30 Uhr;

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Werftstr. 71

ARBEITSKREIS SCHULE-KULTUR: jd. 2. Mo. um 20.00 Uhr/ Perspektive

ARBEITSKREIS STRAFVOLLZUG: Montags 18.30 Uhr BBS I (Schule Heppens) Zi. 125

ARBEITSKREIS SÜDAFRIKA: jd. 1. Mi. 20.00 Uhr DGB-Haus, Kielerstr. 63

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Kostenlose Beratung in Konfliktsituationen, Mo.-Fr. 9.00-13.00 u. 14.00-16.00 Uhr; Mi. nur 13.00-20.00; Anleitung z. Selbstnähen: Mo.-Fr. 9.00-13.00 u. 14.00-17.00, T.: 44445

AUSLÄNDERBEIRAT: Mo.-Fr. 9.00-17.00 Uhr / Büro Pumpwerk

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): Jw. letzten Di. im Monat (außer Juli und Dez.) um 20.00 Uhr, Tapken, Sande (Scharfe Ecke);

BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMTRANSPORTE (BIGA): Tel.: 34734

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel.: 44044

(BUW) BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN: H. Klöpper, Weserstraße 33, Tel.: 04421/44000;

DAS BLAUE LUFTSCHIFF: Verein zur Förderung seelischen Wohlergehens; jd. Mi. ab 18.00 Uhr Bremer Str. 139 (AIDS-Hilfe)

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP): "Der Samstagstreff" jd. Sa. 15.00 Uhr; Polit. Frühschoppen: jd. 1. So. im Mo.; DKP-Büro, Rheinstraße 123

DFG/VK: Jd. 2. u. 4. Mi. im Monat um 20.00 Uhr; Jugendheim Kirchreihe 18a, Beratung für Kriegsdienstverweigerer: jd. 2. und 4. Di. im Monat 19.00 Uhr / TARISH

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15.-18.00 Uhr Gemeindehaus Banter Kirche;

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: jd. 2. u. 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29; Tel.: 83305

FRAUENCAFE "BACKSTUBE": jd. 3. Sa. ab 17.00 Uhr Buchladen "lesen und schreiben" Albrechtstraße 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel.: 22234

FRAUENLISTE: jd. 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr "Kulissee"

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN: jd. 2. u. 4. Mi. im Monat um 20.00 Uhr im Jugendheim Kirchreihe 18a

GRAUE PANTHER: Rheinstr. 64 (To Huus) Di. 19.00; Fr. 15.00 Uhr Rommé

GREENPEACE WILHELMSHAVEN: jd. Mi. um 20.00 Uhr, Arbeitsplatzinitiative für Frauen, Rheinstraße Tel.: 21669 oder 26582

GRÜNE: Öffentl. MV: jd. 2. Mi. 20.00 Uhr "Kulissee"; Stammtisch: Mi. 20.00 Uhr, Grünes Büro, Ulmenstraße 26

JUSOS IN WHV: jd. 2. u. 4. Fr. 20.00 Uhr Jugendheim Kirchreihe; Kontakt: 502508

PAVILLON: Blumenstraße 15-17; Mo.-Fr. 14.00-21.00 Uhr;

PROBLEMTTELEFON-TELEFONSEELSORGE: Tägl. 18.00-20.00 Uhr; Tel.: 43299

QUERELE: jd. 2. u. 4. Fr. 20.00 Uhr, Bremerstr. 139 (AIDS-Hilfe)

SJD/DIE FALKEN: jd. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

SELBSTHILFEGRUPPE KINDESMIBBRAUCH: TABU, Tel.: 22234;

SENIORENCREIS DES DGB: Kieler Str. 63, Tel.: 21641 oder 26042;

SOS-JUGENDBERATUNG: Schillerstr. 8, Tel.: 12711, Mo.-Fr. 14.00-15.00 und nach Vereinbarung; Teestube: Do. 18.00- 21.00

STADTJUGENDRING (sjr): Öffentl. Vorstandssitzung jd. Mo. 19.00-21.00 Uhr/ Jugendheim Kirchreihe 18a; Kontakt: 17547;

STADTSCHÜLERRAT: Mo. (außer in den Ferien) 17.00-18.00 Uhr/Jugendheim Kirchreihe 18a; Kontakt 17547 und 301063;

STILLGRUPPE: Di. 15.00 Uhr, Heike Drenker Am Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/ 7500

STILLGRUPPE: jd. 2. u. 4. Mo. 10.00-12.00 Uhr / Gemeindehaus Neuender Kirche, Tel.: 73338 o. 04461/72577;

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant, Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15.00 Uhr; Tel.: 22434;

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven, Kontakt: 04421/81200;

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2 2948 Schortens 2; Tel.: 04421/701055; jd. 1. u. 3. So. 17.00 Uhr im TARISH;

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: jd. 1. Mo. 20.00 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a;

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Straße 139; Tel.: 21149 (Büro), Beratung Mo., Di. und Do. von 19.00-21.00 Uhr und nach Vereinbarung, Tel.: 19411 (Beratung);

WILHELMSHAVENER SCHWULENGRUPPE: jd. 1. u. 3. Mi. 20.00 im MEZZO, Börsen 25; Kontakt: Jürgen Marquardt, Friederiken 9, 33853 o. 27452 (Dirk)

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19.00 bis 22.00 Uhr, Gewerkschaftshaus Kieler Str. 63;

Auslaufmodell Ehrenberg

DER LANDKREIS FRIESLAND WILL SICH ZUKÜNFTIG VON HERBERT EHRENBURG BERATEN LASSEN

(hk) Als "Auslaufmodell" bezeichnete sich der (noch) SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Ehrenberg in einem Gespräch der Fernsehreihe "Norddeutsche Profile" am 6.7.89 (siehe auch Kasten). Diese seine Äußerungen wurden in weiten Kreisen der Genossen mit einem hörbaren Aufatmen quittiert.

Doch die Genossen haben sich zu früh gefreut - runderneuert startet das Auslaufmodell zu neuen Taten.

So war dann auch die Meldung, daß Ehrenberg mit einem Beratervertrag (25.000 DM pro Jahr) ausgestattet, den Landkreis Friesland in wirtschaftlichen Fragen beraten und auf Grund seiner "Kenntnisse und Kontakte" der heimischen Wirtschaft neue Impulse verschaffen soll, ein Schock für viele SPD-Genossen in Wilhelmshaven und Friesland.

Ein besonderer Schock sicherlich für die Wilhelmshavener SPD-Spitze, die an der Vorbereitung dieses Coups nicht ganz unbeteiligt war; nur geplant war alles etwas anders. Ehrenberg sollte, darauf hatten sich die Wilhelmshavener und Friesländer Genossen geeinigt, nicht nur Friesland, sondern auch Wilhelmshaven wirtschaftlich beraten - aber das alles sollte erst nach der Bundestagswahl publik und durchgezogen werden. Denn, so dachten die Wilhelmshavener Genossen, wie können wir eine neue Bundestagsabgeordnete (Frau Iwersen) aufbauen, wenn wir ihr durch das vor-die-Nase-setzen ihres Vorgängers Unfähigkeit bei der Durchsetzung regionaler Interessen bescheinigen?

Dabei bewies gerade Herbert Ehrenberg während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter, als Minister oder in den Ausschüssen beinahe täglich, daß er außer

einigen Zeitungsartikeln so gut wie nichts für seinen Wahlkreis auf die Beine stellen konnte.

Wen wundert es da, wenn sich heute einige Genossen fragen, was er jetzt, wo er nicht mehr an den Schaltstellen der Macht sitzt, denn eigentlich bewerkstelligen will.

Preisboxen

(noa) Die Öffnung der DDR-Grenze ermöglichte den westdeutschen Konzernen einen Aufschwung. Westdeutsche Banken und Kaufhausketten haben mittlerweile ihre Zweigstellen in der DDR eröffnet. Da wollen die kleineren Unternehmer natürlich nicht zurückstehen.

So oder ähnlich müssen die Überlegungen eines Wilhelmshavener Kaufmannes gelaute haben. Folgende Begebenheit kam uns dieser Tage zu Ohren:

Ein DDR-Ubersiedler, der seinen neuen Wohnsitz in Wittmund genommen hat, wollte sich ein Auto kaufen. Er sah sich zunächst in Wittmund um, fand aber keinen Wagen, der seinen Vorstellungen entsprach. Also fuhr er nach Wilhelmshaven.

Bei einem hiesigen Renault-Händler fand er ein Gebrauchtfahrzeug, das mit etwas über DM 7000,- ausgezeichnet war. Da er noch an DDR-Preise gewöhnt war, entfuhr ihm die Bemerkung, daß das doch für so ein schönes Auto recht preiswert sei. Der Händler witterte sofort seine Chance auf ein kleines Taschengeld nebenbei:

Äußerungen von Herbert Ehrenberg zum Ruhestand, gemacht in der Fernsehserie "Norddeutsche Profile" am 6.7.89

"Ich würde es für sehr inkonsequent halten, wenn jemand wie ich, der 30 Jahre lang für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit regelrecht gekämpft hat, dann noch mit mehr als 65 durchs Parlament turteln würde. Das würde nicht zu meiner Auffassung von Konsequenz passen."

"Ich würde gern sehr viel öfter mit meinem Schwiegersohn und seinem Segelschiff über die Nordsee schippern."

"Ich werde sehr viel lesen, ein bißchen reisen, vielleicht auch noch ein bißchen schreiben und mich sicher nicht langweilen - da bin ich ganz sicher."



Lehrgeld ham wa alle gezahlt.

Z O F F

die Kneipe
Bismarckstr. 121

UNTERWEGS

Rheinstraße 92, WHV, Tel. (0 44 21) 4 29 12

Fachgeschäft für

**Trekking · Camping · Kanusport
Motorradzubehör**

(Kanus, Rucksäcke, Schlafsäcke, Zelte,
Motorradbekleidung, Motorradverschleißteile u.v.m.)

**Rucksack- und Kanu-Verleih
Ankauf von Gebrauchtkanus**

BONBONS NUR BIS MONIKA

EINE RATSFRAU PLAUDERT AUS DEM NÄHKÄSTCHEN

(hh/noa) Seit Beginn dieser Ratsperiode gibt es im Rat der Stadt Wilhelmshaven die FRAUENLISTE. Im neuen Büro der Frauenliste in der Rheinstraße 168 sprach der GEGENWIND mit der Ratsfrau Monika Schwarz über ihre Erfahrungen.

Gegenwind: Welche Vorstellungen hattest du von der Ratsarbeit, bevor du Beate Latendorf abgelöst hast? Wie sah bzw. sieht die Realität aus?

Monika: Ich bin nicht enttäuscht, weil ich nicht mit großen Illusionen darangegangen bin. Wenn man nur ein Mandat hat, dann kann man eben nicht viel bewegen im Rat, außer wenn man das Zünglein an der Waage ist. Und da täuschen die Verhältnisse, wenn man nur die Zahlen betrachtet. SPD und CDU stehen sich ja nicht immer als Blöcke gegenüber, sondern ganz besonders in den Punkten, die bei uns eine große Rolle spielen, wie Soziales und Umwelt, werden unsere Anträge in der Regel von SPD und CDU gemeinsam abgelehnt. Die Begründung für die Ablehnung ist fast immer der Hinweis auf das fehlende Geld. Sicher ist unsere Stadt in einer schlechten finanziellen Lage, aber wir können doch trotzdem immer noch entscheiden, wofür wir das knappe Geld ausgeben. Mir scheint das eher ein Mangel an politischem Willen zu sein.

Denn wenn ich manchmal so sehe, welche Dinge z.B. über Nachbewilligungen dann noch möglich sind, kann ich nur staunen.

Unsere Rolle sehe ich so, daß wir Sand im Getriebe sind und immer wieder Sachen zur Sprache bringen, die sonst vollständig unter den Tisch fallen. Mir war schon klar, daß ich nicht die gestaltende Rolle in der Wilhelmshavener Kommunalpolitik einnehmen würde, sondern daß es mit sehr viel Frust verbunden sein würde. Erfolge gibt es aber auch, und zwar in der Ausschusarbeit, die von der Öffentlichkeit gar nicht so registriert wird, aber einen großen Teil der Arbeit im Rat ausmacht.

Gegenwind: Da gab es mal in der "WZ" den Artikel "Tränen im Rat", der sich auf einen Vorfall während der Haushaltsdebatte bezog.

Monika: Ja, ich hatte bis drei Uhr nachts gegessen und meine Haushaltsrede geschrieben,

hatte Möglichkeiten gesucht, Kompromisse mit der SPD zu finden, um dem Haushalt eventuell zustimmen zu können, und alles wurde eiskalt abgeblüht. Das war mir sehr nahegegangen, und ich war mit den Nerven ziemlich fertig. Und dann diese Sitzung, die sehr spannungsgeladen war, weil zu Beginn der Sitzung nicht feststand, kommt eine Mehrheit für den Haushalt zustande und wenn ja, welche. Und der Versuch, in der Sitzung noch Sachen durchzuboxen, die eben sehr wichtig sind, um den Haushalt mittragen zu können.

Ich kann auch nicht sagen, daß so etwas alles an mir abperlt. Ich möchte auch gar nicht, daß das so ist. Wenn das so wäre, würde ich zurücktreten wollen. Es wäre für mich ganz schlimm, wenn sich meine ganze Person durch die Politik verändern würde.



Gegenwind: Hast du nach dem Artikel auch positive Rückmeldungen bekommen?

Monika: Ja, ich habe Anrufe und Briefe bekommen, sogar Blumen sind mir geschickt worden. Es gab viele, die es gut fanden, daß man auch einmal merkt, daß da Menschen sitzen und nicht Apparate.

Andererseits hat es mich sehr geärgert, daß das Ganze durch die "WZ" öffentlich gemacht wurde, obwohl es ja in der Öffentlichkeit passiert war. Ich bin der Meinung, daß ich eine ganz gute Sacharbeit leiste, und das wird hier in der Presse völlig negiert. Die nehmen ja keine Notiz von uns, es sei denn, wir schicken fertige Artikel, die dann manchmal mit wochenlanger Verspätung abgedruckt werden. Ausgerechnet so etwas wie die Tränen wird dann erwähnt.

Positiv war, daß meine Tränen in derselben Ratssitzung dazu führten, daß auch einige Männer einmal über ihre Gefühle



sprachen. Gerade die Hartgesottenen und Alteingesessenen von der CDU haben erzählt, wie es ihnen geht, wenn sie mit allem, was sie gerne erreichen möchten, von der SPD so eiskalt abgeschmettert werden.

Gegenwind: Was konntet ihr von eurem Programm verwirklichen?

Monika: Ich denke, daß wir unserer Linie treugeblieben sind, daß jedoch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nur sehr wenig durchgesetzt werden konnte.

Wir kämpfen immer wieder dafür, daß Selbsthilfegruppen und soziale Einrichtungen, Jugendverbände usw. unterstützt werden, daß Benachteiligungen einzelner Gruppen abgebaut werden. Wir freuen uns natürlich darüber, daß das Frauenhaus nun für weitere 10 Jahre finanziell abgesichert ist, daß die Drogenberatung um ein Kontakt-Café erweitert und ausgebaut wird. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eben sehr vieles im Jugend- und Sozialbereich, von Kindergärten bis Altenbetreuung, im Argen liegt.

Auch im Bereich Umweltpolitik bleibt noch viel zu tun. Hier wird vieles nur halbherzig angegangen. Ein Schwerpunkt in der nächsten Zeit wird sicherlich die Abfallwirtschaft sein. Im Kampf gegen die in Wilhelmshaven geplante Müllverbrennungsanlage hat sich die Frauenliste gemeinsam mit anderen Gruppen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern ja sehr engagiert, und der Kampf hat Erfolg gehabt.



Gegenwind: Ihr seid ja ange-treten, speziell Frauenbelange in den Vordergrund zu stellen. Wie könntest du dir die Realisierung vorstellen?

Monika: Da gibt es sicherlich noch sehr viel zu tun. Daß Frauen ganz besondere Bedingungen in einer Kommune benötigen, wird ja kaum wahrgenommen. So gibt es beispielsweise weder im Bauauschuß noch in der Bauverwaltung an leitender Stelle Frauen, die bei städtebaulichen Projekten Aspekte aus Frauensicht einbringen könnten. Es könnte ja sein, daß Planungen wie das neue Bahnhofsgebäude oder Passagen und Galerien Frauen gerade bei Dunkelheit Angst machen. Und diese Angst, nicht vor den Gebäuden, aber an unübersichtlichen Stellen noch stärker der Männergewalt ausgeliefert zu sein, isoliert Frauen, schließt sie aus, weil sie sich nicht mehr aus ihrer Wohnung trauen. Ein Nachttaxi für Frauen wäre hier sicherlich eine gute Hilfe.

Auch brauchen Mütter wirklich gute Betreuungsmöglichkeiten in vielfältiger Form für ihre Kinder, um eine Berufstätigkeit oder andere eigene Interessen wahrnehmen zu können. Auftrieb für die Frauenpolitik erhoffen wir uns von der Frauenbeauftragten, die nun hoffentlich bald mit ihrer Arbeit beginnt.



Gegenwind: Wie stellt sich die Zusammenarbeit mit den Grünen dar?

Monika: Das ist ein Zweckbündnis von beiden Seiten. Unsere Vorstellungen von politischer Arbeit stimmen in großen Teilen überein. Wie überall, gibt es auch mal Knies, aber im großen und ganzen klappt es ganz gut. Neben den Gruppensitzungen treffen sich Gerd Kläne, Werner Biehl und ich jetzt regelmäßig monatlich zu Fraktionssitzungen, bei denen wir Informationen aus den einzelnen Ausschüssen austauschen.

Für die beiden grünen Männer habe ich vielleicht manchmal zuviel Drive drauf. Die sagen mir manchmal: "Du machst zu-

viel, du kannst nicht erwarten, daß andere das auch machen."

Gegenwind: Wie ist dein Verhältnis zu den anderen Parteien?

Monika: Meine Erfahrungen aus der Ratsarbeit haben meine Skepsis vor allen Dingen gegenüber den großen Parteien bestätigt. Wenn ich so mitkriege, wie hart z.B. die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD ablaufen, dann kann ich mir nicht vorstellen, dort jemals mitzuarbeiten. Nach meinem Eindruck gehen die CDU-Leute fairer miteinander um. Aber auch für sie gilt wie in der SPD in der Regel der Fraktionszwang. Abweichen ist nur unter Hinnahme von Nachteilen möglich. Auf mich wirkt so etwas abschreckend.

Die Bürgerschaft wird nach meinem Eindruck nur noch dann so richtig ernst genommen, wenn ihre Stimmen gebraucht werden, z.B. bei der letzten Haushaltssitzung. Dann erreichen sie auch schon mal die Bonbons, die von der SPD sonst "nur bis zu Monika" weitergegeben werden.

Aber trotz aller Unterschiede - sowohl in der Art, Politik zu machen, als auch in Sachfragen - ist für mich grundsätzlich eine Zusammenarbeit in bestimmten Punkten mit allen im Rat vertretenen Parteien möglich.

Gegenwind: Funktioniert der Informationsfluß im Rat? Wird die Gruppe Grüne/Frauenliste an allem beteiligt, über alles informiert?

Monika: Wenn man den Oberstadtdirektor oder den Oberbürgermeister fragt, werden die sagen, natürlich werden sie informiert. Es ist wohl menschlich, daß die Partei, die den Oberstadtdirektor und die meisten Dezernenten stellt, bevorzugt informiert wird. Wir erfahren vieles erst sehr viel später als die anderen. Ich habe schon oft moniert, daß in den Fraktions-sitzungen der großen Parteien schon der eine oder andere Dezernent gewesen ist, um über ein bestimmtes Thema zu sprechen, während ich erst in der entsprechenden Ausschusssitzung mit der fertigen Vorlage konfrontiert werde.

Damit werde ja nicht nur ich als Person abgewertet, sondern auch einige Tausend Menschen, die uns gewählt haben.

Gegenwind: Wie funktioniert

die interfraktionelle Frauen-gruppe im Rat?

Monika: Es besteht zwar ein Grundzusammenhalt zwischen den Ratsfrauen. Ich muß jedoch sagen, daß da recht wenig läuft. Wir haben den Frauenbeirat, dem alle Frauen aus dem Rat angehören. Nach den Ratssitzungen setzen wir uns zusammen, um Sachen zu besprechen, die speziell Frauen angehen. Es ist aber kein offizieller Beirat mit Tagesordnung, Protokoll usw. Auch deshalb wird der Frauenbeirat von den Männern im Rat nicht so ernstgenommen, die das Ganze für ein Kaffeekränzchen halten. Trotzdem genügt schon dieses (aus ihrer Sicht) "Kränzchen", um sie ein bißchen nervös zu machen.

Gegenwind: Kandidiert ihr zur nächsten Kommunalwahl erneut? Wird es wieder eine Gruppenbildung mit den Grünen geben?



Monika: Wir werden auf jeden Fall wieder zur Kommunalwahl antreten. Wir haben qualifizierte Kandidatinnen - in letzter Zeit haben wir viele neue Mitglieder bekommen.

Ob es wieder eine Gruppe Grüne/Frauenliste geben wird, hängt vom Wahlergebnis ab. Wir streben jedenfalls an, mindestens zwei Mandate zu erringen, denn es ist sehr schwer, allein im Rat zu sein, und wir wollen unbedingt eine absolute Mehrheit der SPD verhindern.

Gegenwind: Wirst du persönlich wieder antreten?

Monika: Ja, mir macht die politische Arbeit immer noch Spaß, und das liegt zum großen Teil daran, daß ich ganz viel Unterstützung von den anderen Frauen bekomme. Ohne sie würde ich diese Arbeit gar nicht bewältigen können.

Gegenwind: Wir danken dir für das Gespräch.

GRÜN ist die Hoffnung ROT ist das Blut

Nach 14 Jahren Albrecht-Regierung - eine einzige Quälerei für ökologisch interessierte Menschen - hat sich in Hannover eine ROT-GRÜNE Koalition gebildet. Dem lang ersehnten Ereignis wollen wir die ganze GRÜNE SEITE widmen.

Die Grünen konnten zwei Ministerien für sich erstreiten: Jürgen Trittin wurde Minister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten. Waltraud Schoppe, in Wilhelmshaven durch ihr Engagement gegen die Chlorchemie (PVC) gut gekannt, wurde Frauenministerin. Christa Karras und Renate Jürgens-Pieper wurden Staatssekretärinnen im Kultusministerium und Peter Bulle Staatssekretär im Umweltministerium.

Die Umweltministerin konnten wir nicht stellen, da die SPD mit der ehemaligen Greenpeace-Vorsitzenden eine Kandidatin präsentierte, gegen die auch von unserer Seite nichts vorzubringen war. Wir dürfen aber Monika Griefahn durchaus auch als Gewinn für uns betrachten. Umgekehrt wird Frau Griefahn die Rückendeckung der grünen Fraktion bald benötigen. Voraussichtlich gibt es den ersten Zusammenprall mit Bundes-"Umweltminister" Töpfer bei der Fabrik für Kernbrennelemente in Lingen (ANF). Ähnlich wie in Kalkar wird sich die Bundesregierung auf ihr höheres Weisungsrecht berufen, wenn Frau Griefahn die Atomfabrik in wenigen Wochen angreift. Dann schützt nur eine unbeirrbar grüne Fraktion die Ministerin vor "vernünftigen Kompromissen" in der SPD.

Welche Auswirkungen hat die Koalitionsvereinbarung auf Wilhelmshaven?

- Das aktuellste und erfreulichste Ergebnis ist schon allgemein bekannt geworden: Kein Wilhelmshavener braucht sich mehr vor einer gigantischen Müllverbrennungsanlage zu fürchten. Weniger bekannt sind die zahlreichen flankierenden Maßnahmen, die der Müllflut entgegenwirken werden, wie Produktionsverbote für giftige Stoffe, Einführung einer Sonderabgabe je Tonne zu entsorgenden Abfalls, Förderung des Mehrwegsystems. Eine kommunale Getränkeverpackungssteuer wird ausdrücklich begrüßt. Bekanntlich wurde eine solche Forderung im November 1988 durch die Gruppe GRÜNE/Frauenliste im Rat der Stadt Wilhelmshaven eingebracht und fand überraschend eine Mehrheit unseres Kommunalparlamentes. Seitdem prüften und prüften Beamte der Albrecht-Regierung in skandalöser Verschleppungstaktik die Angelegenheit auf rechtliche Zulässigkeit.



V.i.S.d.P.: B. Richter,
Bentinckstr. 29, 2940 WHV



- Im Wattenmeer wird endlich die Suche nach Bodenschätzen (Erdoel) und die Wattenjagd eingestellt. Unsere Lebensqualität verbessert sich auch dadurch erheblich, daß wir Jägerfreund Albrecht, unter dessen persönlichem Schutz sich dieser Unsinn erhalten konnte, nicht mehr im Tirolerhut mit Gamsbart sehen müssen.
- Im Abschnitt Hochschul- und Wissenschaftspolitik sind mehrfach die Fachhochschulen angesprochen. Sollten die Vereinbarungen wirksam werden (und nicht zahnlos durch Geldmangel), ist mit einer Vergrößerung der Fachhochschule Wilhelmshaven und Erweiterung ihres Dienstleistungsangebotes (Beratung, Erwachsenenbildung ...) zu rechnen.
- Das Landesraumordnungsprogramm, gegen das die Stadt sogar unter dem damaligen Oberstadtdirektor Dr. Eickmeyer (erfolglos) vor den Verwaltungsgerichten stritt, soll überarbeitet werden: "Durch eine sofortige Änderung des Landesraumordnungsprogramms soll die Errichtung von Kernkraftwerken an diesen Vorrangstandorten ausgeschlossen werden". Damit ist endlich der Alptraum Kernkraftwerk im Voslapper Groden auch amtlich beendet. Auch die Ansiedlung eines weiteren Kohlegrößkraftwerkes neben dem bestehenden dürfte unmöglich werden, denn der Betreiber müßte nachweisen, daß eine Versorgung nicht anders" relativierbar ist. Flankierende Maßnahmen im Energiebereich sind u. a. ein Verbot der Nachtspeicherheizung mit Strom, Prüfung von Sondertarifen (ICI), Förderung alternativer Energien. Wie weit mit Novellierung des Landesraumordnungsprogramms der gesamte Irrweg der Großindustriensiedlung in Wilhelmshaven aufgegeben werden kann, ist aus dem Koalitionspapier allerdings noch nicht zu erkennen.
- Besonders aufmerksam sollten von vielen Wilhelmshavener Familien einige Ausführungen im Kapitel Friedenspolitik gelesen werden: "Da Abrüstung für hochgradig von Truppenpräsenzabhängigen Kommunen auch ein Problem darstellen kann, soll eine interministerielle Arbeitsgruppe eine Bestandsaufnahme aller militärischen Einrichtungen sowie Vorschläge über ihre künftige Nutzung erarbeiten. Dabei sind die Lage der betroffenen Mitarbeiter, ihrer Familien, der Kommunen zu berücksichtigen. ... Das Land erwartet vom Bund auch finanzielle Unterstützung bei der Standortkonversion" (Originaltext verkürzt).

Der vollständige Text der Koalitionsvereinbarung kann ausgeliehen werden bei H.J. Seeger, Tel. 61323



Eine Teilzeitkraft (8 Std/Woche) für Büro-Organisation suchen wir für unser Büro Ulmenstr. 28. Damit hoffen wir unsere Arbeit in Wilhelmshaven zu intensivieren.



Wes Hamburger ich eß.

Sehr geehrte Gegenwindredaktion,

Lange habe ich überlegt, ob ich als Mitglied der "Duke's Mad Company" zu dem Artikel "Dr. Jekyll und Mr. Hyde" von Antje Jürgensen und dem Artikel "Mein lieber Kuddl!" ein paar Zeilen schreibe.

Schließlich bin ich zu dem Schluß gekommen, daß ich es den rund 60 aktiven Mad-Mitgliedern schuldig bin.

Zugegeben, die Sache mit "Mc Donald's" war nicht gerade das "Gelbe vom Ei".

Die Vergünstigung für einen "Big Mac" gab es nur auf eine Eintrittskarte eines bestimmten Vorstellungstermins. Ganze 50 Personen haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Nun frage ich mich, und auch Antje Jürgensen sollte sich fragen, was denn die übrigen Besucher veranlaßt hat, sich das Musical "Johnny B. Goode" anzusehen, obwohl doch der Inhalt des Stückes "kaum ausgereicht hätte, 2 Reihen des Theaters zu füllen".

Pro Reihe 20 Besucher mal 8 Vorstellungen plus 50 durch Mc Donald-Werbung, macht 370 Besucher. Was hat bloß die anderen 2430 ins Theater gebracht? Nach meiner Negativschätzung waren über 90 % der Besucher auch noch begeistert!

Wenn Theater sich nur mit Problemen beschäftigen darf, wie Antje Jürgensen wohl meint, dann müßte sie dafür Sorge tragen, daß die überwiegende Mehrheit aller Bühnenstücke, von der Operette über die Volksbühnenstücke bis hin zu Welterfolgsmusicals von der Bühne verschwinden.

Hat das Theater nicht vielfältige Aufgaben?

Selbstverständlich gehört auf eine Bühne auch Problemtheater (Soziales, Politik, Umwelt, Frieden usw.) aber, Theater darf auch ganz einfach unterhalten.

Die gute Theda geht ja nun in ihrem Schreiben an Kuddl schon unter die Gürtellinie. Wenn sie persönliche Probleme mit Hartmut Herzog hat, soll sie das doch bitte mit ihm selbst ausmachen, aber nicht gleich einer ganzen gemeinnützigen Laientheatergruppe derart vors Schienbein treten.

Die versteckte Behauptung, daß da so ein Sozi Dank seiner Beziehung zur Stadt im Theater Unterhaltung bieten darf und daß deshalb das "Junge Theater" der Landesbühne keine Unterstützung von der Stadt Wilhelmshaven erfährt, ist schon ganz schön unverschämt.

Den Veranstaltungsraum Theater kann grundsätzlich jeder mieten, z. B. Banken für ihre PS-Auslosungen.

Die Mad Company zahlt 1990 für die 8 Vorstellungen 5.600,- DM an das Stadttheater.

Es freut mich, daß Theda zumindest die Musik ganz fein fand. Aber wenn sie meint, daß da noch Heino reingepaßt hätte, dann irrt sie. Wenn schon, dann Freddy, liebe Theda, Freddy Quinn. Gute Regietips sind also von ihr auch nicht zu erwarten.

In der Duke's Mad Company haben sich 60 Personen, die Spaß am Theaterspielen haben, zusammengefunden. Für sie gibt es das Problem, was tun mit meiner Freizeit, nicht mehr. Der gruppenspezifische Prozeß, von dem immer so viele gerne reden, findet bei uns während der monatelangen Proben statt und zeigt eindeutige Erfolge.

Der Reinerlös, das sei bitte auch nicht zu vergessen, geht an soziale und gemeinnützige Einrichtungen, die es wirklich bitter nötig haben.

Bisher konnte diese Laientheatergruppe 20.500,- DM an Spenden weitergeben. Mit dem Erlös

aus "Johnny B. Goode" werden es ca. 29.500,- DM sein.

Wir sollten uns alle freuen, daß es in unserer Stadt mit der Landesbühne, der Niederdeutschen Bühne, der Perspektive, der IGS-Theater AG, der Duke's Mad Company u. a. ein reichhaltiges unterschiedliches kulturelles Angebot gibt. Wir sollten uns aber zu fein dazu sein, nur, weil uns jemand persönlich nicht gefällt, in diesem Falle ein Sozi, eine gute Sache derart rüde madig zu machen.

Für Anregungen, Tips, sachliche Kritik oder auch ganze Bühnenwerke sind wir immer dankbar.

Für alle, die "Johnny B. Goode" noch nicht gesehen haben, gibt es wegen der großen Nachfrage am 06.10. und 14.10.90 noch weitere Vorstellungen.

Mit freundlichem Gruß

Arno Wagner

SPRÜCHEKLOPFER

Es bereitet der Gegenwind-Redaktion stets ein besonderes Vergnügen, Beiträge zu veröffentlichen, die bei der etablierten Presse keine Chance haben.

Diesmal ist es ein Leserbrief von Günter Gerdes, der die Widersprüche von Kundenwerbung und Geschäftspraxis eines für die WZ lukrativen Anzeigenkunden aufzeigt. Das mag die ansonsten völlig unabhängige WZ ihrem Geschäftspartner wohl nicht zumuten.

LESERBRIEF

Mit großen und ausführlichen Anzeigen in Tageszeitungen wirbt ein kürzlich im Stadtnorden neu eröffnetes Discount-Warenhaus vielversprechend als "Vorreiter in weiten Bereichen von Umweltfragen" und als "gesprächsbereiter Wirtschaftspartner in Sachen Umweltschutz".

Der Markt zeigt sich nach eigenen Angaben überall umweltbewußt und nimmt sich jeden Themas an, das dem Schutz der Umwelt zugute kommt.

Punkt 1 einer 12 Punkte-Maßnahmenliste ist die "Förderung der Pfandflasche im Getränkebereich".

Es hört sich alles sehr gut an, doch die Wirklichkeit sieht leider anders aus, denn sämtliche Erfrischungsgetränke + Biere werden ausschließlich nur in Einwegflaschen, Dosen oder Blockpacks angeboten.

Für wie dumm halten die Betreiber dieses Unternehmens uns Verbraucher eigentlich? Mit werbewirksamem "Sprücheklopfen" löst niemand die bestehenden Umweltprobleme.

Der umweltbewußte Verbraucher sollte Konsequenzen aus diesen irreführenden Werbekampagnen ziehen und Märkte mit praktiziertem Umweltverhalten bevorzugen.

Günter Gerdes

Kontakte schießt mit Katzendreck

IN EINER STELLUNGNAHME GEGEN EINEN GEGENWIND-ARTIKEL VERLOR FRAU PLOTE ETWAS DIE ÜBERSICHT

(hk) Daß die Pressesprecherin des Kirchenkreises Wilhelmshaven in einem Artikel in der Juni-Ausgabe der Kirchenzeitung "Kontakte" auf einen Gegenwind-Kommentar zur Aktion "neu anfangen" reagierte, erfüllte uns mit Freude. Daß sie dabei, nur um etwas gegen den Artikel schreiben zu können, die Aussagen des Artikels in ihrem Sinne veränderte, das ärgert uns.

Wir hinterfragten in dem besagtem Artikel, ob die Kirchen nach solchen geldintensiven Aktionen (die Aktion "neu anfangen" verschlang immerhin die stolze Summe von 150.000 DM) noch "guten Gewissens ihre Spendenaufrufe wie "Brot für die Welt" oder "Misereor" vertreten können". Frau Plote verdrehte in ihrem Artikel diese Fragestellung so, als hätten wir behauptet, daß mit den Spenden für "Brot für die Welt" die Aktion "neu anfangen" finanziert wird. Desweiteren behauptet sie, daß wir der Meinung wären, die Kirchen hätten das Geld für "neu anfangen" lieber für "Brot für die Welt" spenden sollen.

Daß alles gibt der Gegenwind-Artikel nicht her. Es ging uns einzig und allein darum, zu hinterfragen, ob solcherart Geldausgaben eventuell die Spendenbereitschaft der Kirchenmitglieder mindert. Der GEGENWIND-Artikel ist ein Aufruf, mit den Geldern der Kirche eine vernünftige Gemeindearbeit zu realisieren, wie sie ja auch von Gemeinden, die sich seltsamerweise nicht an der Aktion "neu anfangen" beteiligten, durchaus praktiziert wird. Es mag ja vielleicht "in" sein, mit McDonalds-mäßig angelegten Werbeaktionen auch fürs Seelenheil zu werben - daß inzwischen aber die Enzyklika von der Unfehlbarkeit des Papstes auch auf die Aktion "neu anfangen" übertragen wurde, ist uns leider entgangen.

Konkrete Vorschläge zur Finanzierung von Entwicklungshilfemaßnahmen macht Frau Plote dann auch noch: Bei den Rüstungsausgaben traut sie sich nicht so richtig, davon möchte sie nur "einen Teil", von den Ausgaben für "Schnickschnack" möchte sie gern 50%, von der Silvesterknallerei gar 80% und vom Einkommen der GEGENWIND-Fans 1% für Entwicklungshilfe verwendet sehen. Da könnt' ich ja fast zustimmen - wenn nicht folgendes Erlebnis meine Spendenbereitschaft auf Null gebracht hätte: Während meines letzten Gottesdienstbesuches rief der Pastor nach den Fürbitten für ein gutes Gelingen der Aktion "neu anfangen" zur Kollekte für eine Gemeinde in Indien auf. Da mir durchaus bewußt ist, daß die Menschen in der 3. Welt unseren Wohlstand oftmals mit dem Tode bezahlen müssen, ging meine Hand in Richtung Brieftasche. Doch bevor ich auch nur einen Schein herausziehen konnte, vernahm ich die Worte des Pastors, daß mit dem gesammelten Geld "Bibeln für die armen Menschen in Indien" gekauft werden sollen. Empört verließ ich daraufhin das Gotteshaus. Meine Spenden werden seitdem an "medico international" überwiesen.

Auch unser Bildchen "Gehet hin mit dem Segen des Herrn und bringt bringt zurück was "neu anfangen" gekostet hat" mißfällt unserer Frau Plote. Sie beschwert

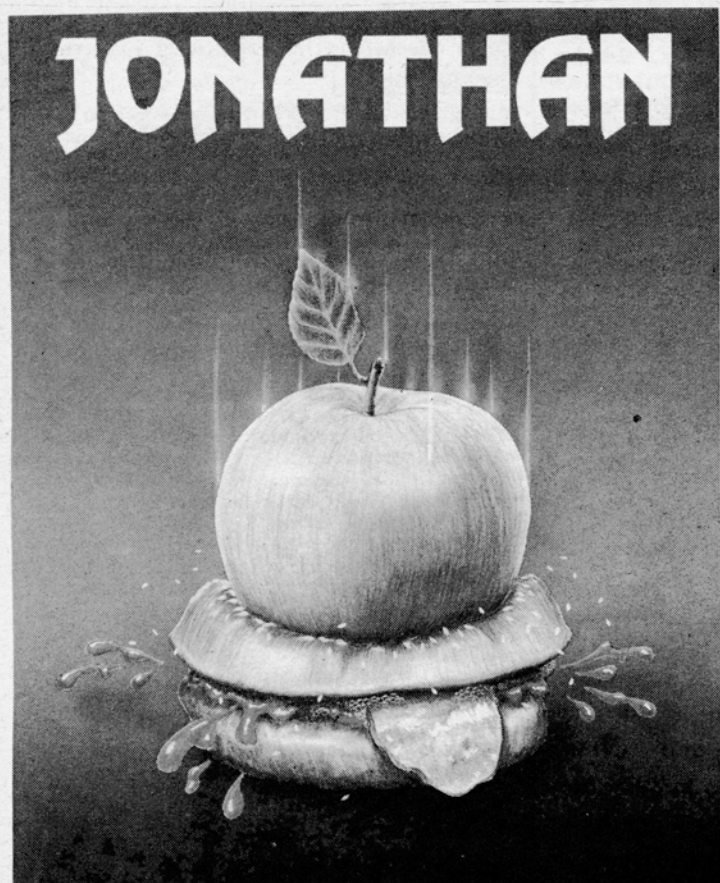
sich, daß der gezeichnete Bischof einwandfrei als "katholisch" zu erkennen ist, dabei sieht "unser Bischof" so nicht aus, der ist nämlich evangelisch." Hat Frau Plote da vergessen, daß "neu anfangen" eine gemeinsame Aktion mehrerer Konfessionen war? Wie kann diese Tatsache besser ausgedrückt werden, als durch eine "ökumenische" Karikatur? Unser Zeichner Erwin Fiege, der sich selbst als "Männlein-Weiblein-Zeichner, dem es ab und zu gelingt, etwas bildlich darzustellen, was zwar wahr ist, jedoch nicht gern 'wahr'genommen wird", versteht, hat sich übrigens sehr über die Titulierung "Karikaturist" gefreut.

Noch ein Wort zur Karikatur im allgemeinen. Ein schlauer Mensch hat einmal gesagt: "Die Karikatur ist eine grobe Wahrheit" - ein anderer kluger Kopf sagte zum selben Thema, daß eine Karikatur eine "für den Augenblick geschaffene Darstellung" sei, "welche die Hauptzüge des Charakteristischen übertreibe".

Frau Plote beginnt ihren Beitrag mit der Hoffnung, daß die Leute vom evangelischen Seniorenheim, (der GEGENWIND berichtete über skandalöse Verhältnisse in diesem Heim) "sicher zu den Vorwürfen Stellung nehmen werden". Das geschah natürlich nicht, weil alle von uns geschilderten Vorkommnisse den Tatsachen entsprechen. Eine auch von uns gewünschte Reaktion der Verantwortlichen blieb leider aus.

Ohne ihre Behauptung in irgendeiner Form zu belegen, behauptet Frau Plote, daß der GEGENWIND einen "Eintopf-Journalismus" betreibt. Ich hoffe doch sehr, daß Frau Plote nichts gegen einen schmackhaften Eintopf einzuwenden hat. Und ein guter Eintopf steht und fällt nun mal, genau wie ein ordentlicher Artikel, durch das richtige Zusammenbringen von vielen verschiedenen Zutaten. Der Frau Plote sei in ihr Pressesprecherin-Büchlein geschrieben: Die Realität in Wilhelmshaven, und leider dann und wann auch mal in kirchlichen Bereichen, ist so, daß wir es nicht nötig haben, die Fakten eines Artikels ins Gegenteil zu verkehren um unsere Zeilen zu füllen.

Hannes Klöpper



Naturwaren Peterstr.41



"Es ist schon die Axt den Bäumen an die Wurzel gelegt. Darum, welcher Baum nicht gute Früchte bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen." (Mätth. 3,10)

Hotel Seeräuber
Café Seewärts
Piratentreff
Seehiste
Südstrand Tel. 42444



Mysteriöse Interessenten

SCHON WIEDER: DIE WIEDERINBETRIEBNAHME DER 1985 STILLGELEGTEN MOBIL-RAFFINERIE STEHT KURZ BEVOR

(hk) Seit ca. 5 Jahren müssen sich die Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger über die immer kurz bevorstehende Wiederinbetriebnahme der Mobil Oil-Raffinerie amüsieren. Jetzt ist es wieder einmal so weit. Doch anders als in der Vergangenheit sprechen diesmal einige Anzeichen für ein ernsthafteres Interesse einer nebulösen "Interessengruppe".

Dieses "ernsthaftere Interesse" manifestiert sich z.B. in der Vergabe eines Millionen-Auftrages zur Feststellung des Zustandes der Raffinerie und der mit der Wiederinbetriebnahme verbundenen Kosten. Ein weiteres Anzeichen: Der Lokalredakteur der WZ, H.-J. Schmid, stellt schon Forderungen für die Inbetriebnahme: Mißachtet die Gesetze - laßt das Ding rausblasen was das Zeug hält. Die gesetzlich vorgeschriebene Entschwefelung bezeichnet Schmid als "möglichen Objekt-Killer".

Wurden uns in der Vergangenheit alle Industrieobjekte von der WZ als "Segnungen der Umwelttechnologie" verkauft, muß die WZ diesmal zum offenen Gesetzesbruch aufrufen. Schmid sieht die rot-grüne Koalition in Hannover bereits "auf dem Prüfstand".

In Wirklichkeit steht nicht die niedersächsische Landesregierung, sondern die Stadt Wilhelmshaven auf dem Prüfstand. Sollte die Stadt Wilhelmshaven bei einem solchen Kuhhandel (Ansiedlung nur ohne Entschwefelung) mitmachen, ihr Ruf, oder neu-wilhelmshavenerisch, ihr "Image" würde ins bodenlose Nichts absinken.

Die Bedingungen für eine Wiederinbetriebnahme sind vorgegeben:

- 1.) Nachrüstung entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen,
- 2.) Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unter besonderer Berücksichtigung des Standortes der Raffinerie am Einlauf zum ökologisch-international bedeutenden Jadebusen.

Interessant und spannend ist aber auch, wer sich denn nun hinter dieser geheimnisvollen "Interessengruppe" verbirgt. Unwahrscheinlich ist, daß sich dahinter ein anderer Ölmulti verbirgt. Aber Libyen - Lybien ist ja inzwischen für die bundesdeutsche Wirtschaft zu einem fest einzukalkulierenden Partner geworden. Und auch für die Giftgasproduktion werden Ölprodukte benötigt. Südafrika - durch das Ölembargo der Vereinten Nationen ist die Raffinerie-Technik im Apartheid-Staat ziemlich am Boden. Zumindest die Blaupausen könnte man dort gut gebrauchen. Riesen-

kanonen funktionieren nur gut geschmiert - also sollte auch der Irak nicht vergessen werden. Da ja ein heimliches Übereinkommen besteht, daß bundesdeutsche Firmen immer beide Seiten sich nicht wohlgesonnener Staaten unterstützen, muß sich natürlich auch der Iran in dieser Interessengruppe tummeln. Damit wären dann wieder alle die Länder beteiligt, die schon bei der Ex-Interessentin "German-Oil" im Hintergrund standen.

Oder soll wirklich nur, wie aus Kreisen der Mobil-Pensionäre zu hören war, eine "Dreckschleuder" bei Rostock dichtgemacht werden und Öl aus sowjetischer Förderung in der nicht ganz so veralteten Wilhelmshavener Anlage verarbeitet werden?

Ob wir darauf jemals eine Antwort bekommen werden, steht in den Sternen und, wenn sich der 100. Interessent bei der Mobil Oil meldet (die jetzige Interessengruppe trägt die Nummer 75), auch wohl wieder in GEGENWIND und WZ.



VEREINIGTE POSTVERSICHERUNG VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT

Von der Baufinanzierung über
Kfz, Hausrat, Leben...

...alles aus einer Hand

z.B: Unfall 100.000,- DM

Invaliditätssumme ab

64,- DM pro Jahr

Holger Janßen
Bezirksinspektor

Werdumer Straße 33
2940 Wilhelmshaven
Telefon (0 44 21) 8 11 44

AB NACH LEER?

Unter dieser Überschrift dokumentiert der Kreisverband Wilhelmshaven der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in seiner Zeitung "Rohrstock" einen Versuch der Schulaufsichtsbehörde, Wilhelmshavener Lehrer in die Schulaufsichtsbezirke Leer, Wesermarsch, Vechta, Cloppenburg, Emsland, Grafschaft Bentheim, Osnabrück Land, Osnabrück Stadt und Emden zu versetzen.

Begründet wurde dieser Anlauf (der nach Interventionen des Lehrpersonalrats wieder zurückgezogen wurde) damit, daß die genannten Bezirke mit Lehrerstunden unterversorgt seien.

Damit wurde stillschweigend unterstellt, daß die Unterrichtsversorgung in Wilhelmshaven mindestens ausreichend sei - eigentlich sogar mehr als ausreichend, denn wie sollte man sonst vertreten, daß hier Lehrer abgezogen werden sollen?

Nun wissen Schüler, Eltern und Lehrer in Wilhelmshaven gut genug, daß dies nicht zutrifft. Schulfrei, weil der Lehrer krank ist oder an einer Fortbildung teilnimmt, das erleben Schüler laufend.

Erstmalig wurde der Stundenausfall an einer Wilhelmshavener Schule statistisch erfaßt; die Untersuchung ist in derselben "Rohrstock"-Ausgabe veröffentlicht.

Nach Maßstäben der Bezirksregierung ist diese Schule zu über 99 % versorgt. Es dürfte dort also normalerweise nicht zu Unterrichtsausfall kommen. Für den Zeitraum vom 5.2.90 bis zum 1.6.90 wurden alle ausgefallenen Stunden erfaßt. Und das ist das Ergebnis: Von 8239 Stunden fielen 1161 aus. Der größte Anteil davon, nämlich 870 Stunden, entfielen wegen Krankheit, die übrigen wegen Sonderurlaubs, Fortbildung oder sonstiger Gründe wie Wahrnehmung politischer Mandate u.a.

Die ausgefallenen Stunden entsprechen einem Anteil von 14,09 %. Die Schule ist also tatsächlich nicht zu 99, sondern nur zu 85 % versorgt.

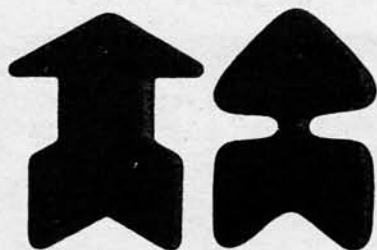
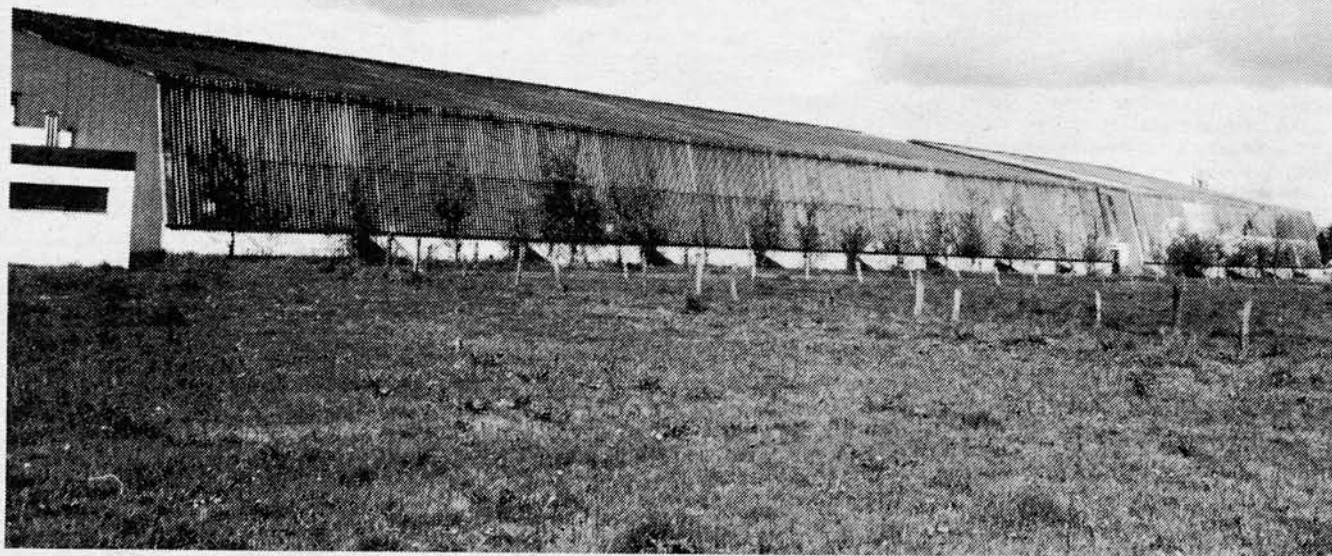
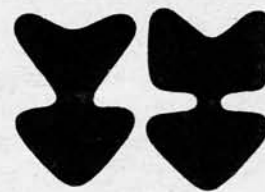
Wie sieht es denn dann nur in Leer, Cloppenburg.... aus?



BAUDENKMÄLER IN WILHELMSHAVEN

EINE GEGENWIND-HOMMAGE AN UNSEREN SCHEIDENDEN
STADTBAURAT – EINE WARNUNG FÜR DEN NEUEN

(redua) Bedeutende Stadtbauräte haben schon immer das Gesicht unserer Stadt geprägt. Aus gegebenem Anlaß erinnern wir an Prägungen, die unser Wilhelmshaven in den letzten Jahren erleiden mußte.



SQUASH-HALLE: Städtebaulich bedeutendes Beispiel einer Sportanlage. Verdacht auf zukünftiges Baudenkmal. Souveräne Anwendung aller in jahrezehntelanger Ausbildung erworbenen Gestaltungsmöglichkeiten. (Forts. im nächsten GEGENWIND)



BEITRITTSERKLÄRUNG/ EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ich trete hiermit dem "GEGENWIND-Verein für politische Bildung" bei.

Name:

Vorname:

Straße:

Wohnort:

Telefon:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der GEGENWIND-Verein monatlichDM von meinem Konto Nr.:

bei derin

abbucht und dem Konto 1262874100 bei der BIG Wilhelmshaven unter dem Stichwort "GEGENWIND-Verein" zuführt.

Wilhelmshaven, den Unterschrift

Einsenden an GEGENWIND, Weserstraße 33; 2940 Wilhelmshaven
Mitglieder erhalten den GEGENWIND zugewandt.

